

Lukrezia Seiler
Jean-Claude Wacker



«Fast täglich kamen Flüchtlinge»

Riehen und Bettingen –
zwei Grenzdörfer 1933 bis 1948



Karte Die Umgebung von Riehen und Bettingen.

Beiträge zur Basler Geschichte

«Fast täglich kamen Flüchtlinge»

Riehen und Bettingen - zwei Grenzdörfer 1933-1948

Lukrezia Seiler, Jean-Claude Wacker

Christoph Merian Verlag

Diese Publikation wurde ermöglicht durch Beiträge der Stiftung z'Rieche, der Gemeinden Riehen und Bettingen sowie des Swisslos-Fonds des Kantons Basel-Stadt.

Stiftung
z'Rieche



G E M E I N D E
B E T T I N G E N



4., überarbeitete und erweiterte Auflage

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

eISBN 978-3-85616-587-1

Auch als gedrucktes Buch erhältlich: ISBN 978-3-85616-580-2



Ein Unternehmen der Christoph Merian Stiftung

© 2013 Christoph Merian Verlag

Alle Rechte vorbehalten; kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Lektorat: Jörg Bertsch, Basel

Gestaltung und Satz: Atelier Mühlberg, Basel

Lithos: LAC AG, Basel

Datenkonvertierung: Bookwire GmbH, Frankfurt

www.merianverlag.ch

Inhalt

Editorial
Vorwort

1933-1938: Die ersten Flüchtlinge kommen

Auf der Flucht vor den Nationalsozialisten
Die ersten Abwehrmassnahmen der Schweiz

Schatten des Dritten Reiches auch über Riehen

Heiri Strub: Geheimadresse Paradiesstrasse

1938/39: Die grosse Flüchtlingswelle

Gejagt, gedemütigt und ermordet
Schweizerische Flüchtlingspolitik in den Jahren 1938 und 1939
Humanere Praxis in Basel

Achtzehn Kilometer Grüne Grenze: Jüdische Flüchtlinge in Riehen

Doris Bekbissinger: Gerettet!

Marie Schiegg: Nächtlche Rückschaffung

Myrthe Dreyfuss-Kahn: Ein Rettungsanker für viele

*Susann Müller-Steffen: Flucht über den Riehener Bahnhof
Denunziation – ein Dokument*

1939-1945: Flüchtlinge im Zweiten Weltkrieg

Die Nationalsozialisten beschliessen die Ermordung der europäischen Juden

Die eidgenössische Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg
Haben die Schweizer Behörden gewusst, was mit den Juden geschah?

Die Basler Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg
Der Versuch eines Fazits: Abweisungen und Aufnahmen

Flüchtlinge aus fast allen europäischen Ländern in Riehen und Bettingen

Ulrich Götz: «Es war ein verdammt harter Beruf!»

Rosa Schäublin-Grunkin: Verweigerte Aufnahme

Die Kriegsjahre an den einzelnen Grenzwachtposten

Grenzwachtposten Riehen an der Lörracherstrasse: Offizielle Kontakte

Robert Tettamanti: Direkt an der Grenze

Peter Weil: Schulkind in Riehen, Flüchtling in Italien

B. B.: Harter Dienst

«Er kann es nicht vergessen»

Emil Fischer: Ein tragischer Irrtum

Gertrud Herbster: Fluchthilfe auf der anderen Seite der Grenze

Oskar Reck: Fluchthelfer im Nebenamt

Hans Brogle: Der Spiegel

Grenzwachtposten Bettingen: «Ein Grenzverlauf von kaum zu übertreffender Unregelmässigkeit»

Alfred Schmocker: Fluchtziel Chrischonakirchlein

Paula Senn-Krebs: Signal mit der Schweizerflagge

Robert Keiser-Stewart: Im Zollhaus

Hans-Ulrich Schäfer: Fremde Menschen

Anne B.: Flucht über den Lenzen

Der grosse Stacheldrahtverhau und seine Lücke in der Eisernen Hand

Albert Schudel: Nie wieder!

Marie Schmutz-Rüegsegger: Leben in der Sperrzone

C. C.: Flucht über die Eiserne Hand

Ernst Kauer: Im Maienbühl

Protokoll einer Flucht

Walter Prack: Der Reisighaufen

Walter Schmid: Kontakt verboten

Die Entscheidung des Grenzwächters

Grenzwachtposten Weilstrasse: Isoliert im Schlipf

Frieda Rinklin-Thommen: Der Schlüssel zum Stacheldrahtverhau

Kurt Behret: Mitleid durfte man nicht haben

Verena Giese-Klauser: Jaroslaw

Grenzwachtposten Inzlingerstrasse: Im Niemandsland

Georges Blessing: Abgeschnitten!

Magdalena Hürlimann-Sturm: Flüchtlinge in unserem Haus

Grenzwachtposten Grenzacherstrasse: Der Flüchtlingszustrom wächst

Nilla Six, Lili Ritz-Six: Fluchthilfe beim Hörnli

Grenze zwischen Leben und Tod

Das Dorf und die Flüchtlinge

Michael Raith: Geprägt durch die Grenze

Paul Bertschmann: Unheimlicher Druck auf der Bevölkerung

Willy Brunner: «Riehen ist eine Insel, abgetrennt von der Schweiz»

Hans Rückel: Spontane Hilfe

Susy Wassmer-Schweizer: Das schwere Los der Zwangsarbeiter

Fluchtweg Eisenbahn

Erna Flückiger: Der holländische Kriegsgefangene

Martin Bier: Sprung aus dem fahrenden Zug

Emil Würmli: Flucht im Kohlenwagen

Kinder als heimliche Grenzgänger

D. D.: «Händ-er Hunger?»

Inge Förster-Büche: «Dört hän si kei Krieg!»

Niklaus und Johannes Wenk: Ein seltsamer Osterspaziergang

1945-1948: Der Krieg ist zu Ende, doch die Grenze bleibt geschlossen

Schwierige Nachkriegszeit: Kontakte trotz geschlossener Grenzen

Adrian Stückelberger: Erstes Wiedersehen

Frieda Rinklin-Thommen: Heimkehr des Kriegsgefangenen

Lucy Mathilde Businger: Gefahrvolle Rückkehr

Anhang

Quellen- und Literaturverzeichnis
Bildnachweis
Autoren

Editorial

Riehen und Bettingen, die beiden Landgemeinden des Kantons Basel-Stadt, liegen exponiert und weit vorgeschoben auf rechtsrheinischem Gebiet. Wie erlebte die Bevölkerung der beiden Dörfer während des Zweiten Weltkrieges ihre Lage direkt an der deutschen Grenze? Wie ging sie mit dem Bewusstsein der nahen Gefahr und Bedrohung um? Und wie weit beschäftigte sie sich mit dem Schicksal jener Menschen, die versuchten, die Grenzen ihrer Gemeinden zu überschreiten und in die Schweiz zu flüchten?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt dieses Buches. In vielen Gesprächen mit Zeitzeugen, die den Zweiten Weltkrieg als junge Frauen und Männer oder als Kinder erlebt haben, entstand ein Bild jener Zeit. Die Bewohner der beiden Dörfer wussten, dass Riehen und Bettingen bei einem deutschen Angriff sofort kampfflos aufgegeben worden wären. Dieses Bewusstsein prägte das Lebensgefühl der Kriegsjahre. Wenn auch der Alltag diese Sorgen überdeckte, so lasteten doch Angst und Ungewissheit auf den Menschen. Neben diesen Problemen trat die Frage nach dem Schicksal der Flüchtlinge, denen man gelegentlich im Dorfe begegnete, in den Hintergrund.

Ganz anders war die Situation für die Bevölkerung in unmittelbarer Grenznähe. Bewohnerinnen und Bewohner der Sperrzonen und des Dorfes Bettingen wurden viel häufiger mit Flüchtlingen konfrontiert. Sie sahen, wie Grenzwächter Flüchtlinge abführten. Sie begegneten gehetzten Menschen, die in ihren Häusern Hilfe suchten. Und sie mussten mit ansehen, wie viele dieser Flüchtlinge wieder über die Grenze zurückgestellt wurden. Zeitzeugen erzählen von Begegnungen mit Menschen, die vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg die Grenzen von Riehen und Bettingen überschritten haben: Flüchtlinge aus allen Ländern Europas, aber auch hungernde Kinder aus den badischen

Nachbargemeinden und Menschen, die nach dem Krieg versuchten, über die noch immer rigoros verschlossene Grenze in ihre Heimat zurückzukehren.

Anhand dieser Erinnerungen untersuchte ich die Riehener und Bettinger Geschichte der Jahre 1933 bis 1948, besonders die Beziehungen zum Grenzgeschehen. Neununddreissig Zeitzeugen haben mir in längeren oder kürzeren Gesprächen von jenen Jahren erzählt: Dorfbewohner, Grenzwächter, Fluchthelfer, Flüchtlinge und Angehörige verfolgter jüdischer Menschen. Für manche war es das erste Mal seit dem Krieg, dass sie über ihre oft sehr schmerzlichen Erlebnisse sprachen. Die aus den Gesprächs- oder Tonbandprotokollen zusammengestellten Texte, welche den Zeitzeugen nochmals vorgelegt und von diesen sorgfältig überprüft wurden, zeichnen ein vielfältiges Bild der beiden Dörfer in jenen Jahren.

Eine wichtige, hier erstmals erschlossene Quelle für die Geschehnisse an der Riehener und Bettinger Grenze stellen die Chroniken der einzelnen Grenzwachtposten dar. Sie wurden während des Zweiten Weltkrieges verfasst und enthalten Angaben über Flüchtlinge, über Rückstellungen an der Grenze und über die Reaktionen der Bevölkerung.

Jean-Claude Wacker zeichnet in seinen Eingangskapiteln den geschichtlichen Hintergrund zu den Erlebnissen der Zeitzeugen. Er zeigt die Entwicklung des Antisemitismus und der Judenverfolgung im Dritten Reich bis hin zu deren schrecklichster Konsequenz im Holocaust. Parallel dazu beschreibt er die schweizerische Flüchtlingspolitik von 1933 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, jene äusserst restriktive Asylpolitik, deren Hauptziel es war, so wenige Flüchtlinge wie möglich in unser Land aufzunehmen. Er zeigt aber auch auf, dass die Basler Behörden oft versuchten, die unmenschlichen Bestimmungen aus Bern zu umgehen und Flüchtlinge entgegen dem Willen der eidgenössischen Fremdenpolizei in Basel aufzunehmen.

An dieser Stelle möchte ich all jenen danken, die das Erscheinen dieses Buches unterstützten: Professor Ernst Ludwig Ehrlich, Zentralsekretär der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft der Schweiz, für sein anregendes Vorwort; Guido Koller, Beauftragter des Bundesarchivs Bern, für seine Auskünfte über die zurzeit

laufenden Untersuchungen der schweizerischen Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg; den Gemeinden Riehen und Bettingen sowie den weitem Sponsoren für ihre Beiträge, die den Druck der Arbeit ermöglichten; vor allem aber den Frauen und Männern, die mir ihre Erinnerungen an jene Jahre anvertraut und mir erlaubt haben, sie hier einem grösseren Publikum vorzustellen.

Editorial der ersten Auflage, November 1996, Lukrezia Seiler

Zur vierten, überarbeiteten und erweiterten Auflage

Als 1996 die erste Auflage dieses Buches im Verlag z'Rieche, Riehen, erschien, wurde die Frage, wie die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges mit Flüchtlingen umgegangen war, intensiv diskutiert. Bundespräsident Kaspar Villiger hatte sich bei einer Gedenkfeier zum 50. Jahrestag des Kriegsendes offiziell für die Rückweisung und Auslieferung vieler Flüchtlinge während des Krieges entschuldigt, und im Dezember 1996 erteilte der Bundesrat der «Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» (meist «Bergier-Kommission» genannt) den Auftrag, die schweizerische Flüchtlingspolitik während des Krieges aufzuarbeiten. Das Interesse an unserem Buch war deshalb sehr gross; eine erste und zweite Auflage waren bald verkauft und eine dritte gedruckt, die seit einiger Zeit ebenfalls vergriffen ist.

Das Interesse an der Zeit des Zweiten Weltkrieges ist ungebrochen. In vielen Gesprächen, besonders bei Führungen durch das Gebiet der Eisernen Hand, das wie ein mahnender Finger zwei Kilometer tief in Deutsches Gebiet hineinragt, und rund um Sankt Chrischona, werden Erinnerungen wachgerufen, tauchen immer wieder Fragen auf. Viele Zeitzeugen hatten sich bereits nach dem ersten Erscheinen des Buches gemeldet, die mit ihren Geschichten den Inhalt bestätigten und ergänzten. Ich freue mich, dass ich nun in der vierten Auflage auch diese Zeitzeugen zu Wort kommen lassen kann.

Ergänzt habe ich den Text durch Berichte, die ich aus den Akten der im Bundesarchiv Bern lagernden Flüchtlingsdossiers zusammenstellte, ferner wurden verschiedene Beiträge durch neue Erkenntnisse aktualisiert. Jean-Claude Wacker hat die historischen Einführungskapitel überarbeitet und erweitert und mit den Resultaten der neuesten Forschung ergänzt.

Gemeinsam danken wir dem Christoph Merian Verlag, dass er sich entschlossen hat, eine neue, überarbeitete und erweiterte Auflage des Buches herauszugeben. Unser Dank geht auch an die Stiftung z'Rieche, welche die Rechte für das Buch freigegeben und die Neuauflage finanziell unterstützt hat, ebenso an die Gemeinden Riehen und Bettingen und an den Swisslos-Fonds des Kantons Basel-Stadt für ihre Beiträge an die Neuauflage. Bedanken möchten wir uns aber auch bei Jörg Bertsch, der als Lektor unsere Arbeit fachkundig unterstützt hat, bei Kevin Heiniger, der neues und interessantes Bildmaterial hinzufügen konnte, sowie bei Nicholas Mühlberg für seine sorgfältige Buchgestaltung.

Mai 2013, Lukrezia Seiler und Jean-Claude Wacker

Vorwort

Das vorliegende Buch von Lukrezia Seiler und Jean-Claude Wacker gehört zu jenen ungemein wichtigen Büchern, in denen die Verfasser sich mit wissenschaftlicher Sorgfalt bemühen, die Flüchtlingspolitik der Schweiz von 1933 bis 1945 zu analysieren. Dies geschieht hier im Falle der beiden Dörfer Riehen und Bettingen, was insofern sinnvoll erscheint, als an eng umrissenen, realen Beispielen das politische und menschliche Scheitern der damals Herrschenden ganz konkret zum Ausdruck kommt.

Konnte anfangs noch angenommen werden, bei den Massnahmen der Nationalsozialisten handle es sich nicht um eine Frage von Leben und Tod, so war spätestens im Jahre 1942 dem Bundesrat absolut klar, dass alle im deutschen Bereich befindlichen Juden zur Ermordung bestimmt waren. Es besteht kein Zweifel daran, dass der Flüchtlingspolitik des Bundesrates eine antisemitische Gesinnung zugrunde lag. Schon sehr früh wandte man sich «gegen eine Festsetzung wesensfremder Elemente», und vollends wird diese Haltung deutlich, wenn man den Anteil des Bundesrates am berüchtigten «J-Stempel» in den deutschen Pässen von Juden in Rechnung stellt. Dabei hatte zu jener Zeit die Schweiz nicht mehr als insgesamt 5000 Flüchtlinge. Die eindeutige Haltung des Bundesrates wurde durch die gesamte Terminologie deutlich, wenn man sich etwa «gegen die Verjudung der Schweiz» wandte.

Es ist erfreulich, dass sich die Situation in Basel nicht gar so schlecht darstellt. Regierungsrat Brechbühl weigerte sich nicht selten, Ausweisungsbefehle von Bern durchzuführen. Auch die Haltung der Riehener und Bettinger Bevölkerung war nicht eindeutig; es gab einzelne wahre Judenretter darunter. Gleichwohl wurden diese manchmal von andern boykottiert oder an die Behörden verraten.

Bei Kriegsbeginn gab es 7100 Flüchtlinge in der Schweiz. Die Massnahmen wurden dann verschärft. Juden galten nicht als politische Flüchtlinge, von denen es während des ganzen Krieges im übrigen nur 200 gab, denn Juden wurden als «Flüchtlinge nur aus Rassegründen» definiert und sollten daher zurückgewiesen werden. Diese Massnahmen wurden erst ausser Kraft gesetzt, als am 12. Juli 1944 der Sieg der Alliierten endgültig feststand. Auch osteuropäische Flüchtlinge, vor allem Zwangsarbeiter, wurden an der Schweizer Grenze zurückgewiesen; für diese wurden die Einreisebedingungen später gelockert.

Erfreulicherweise hat sich auch während des Krieges der Kanton Basel-Stadt nach Möglichkeit gegen die eidgenössische Fremdenpolizei gestellt und 1158 jüdischen Flüchtlingen ein Refugium geboten. Freilich wird man nicht umhinkönnen festzuhalten, dass auch im Kanton Basel-Stadt während der ganzen Kriegszeit Flüchtlinge abgewiesen wurden; die Zahl der an den Riehener und Bettinger Grenzen abgewiesenen Flüchtlinge lässt sich nicht mehr feststellen.

Das Wertvolle des vorliegenden Buches besteht vor allem darin, dass es zum ersten Mal Interviews mit Grenzwächtern oder sonst mit Menschen enthält, die in der einen oder andern Weise mit Flüchtlingen zu tun hatten. Von einem Grenzwächter heisst es: «Manchmal konnte man helfen ... Aber sehr viele Menschen mussten wir zurückweisen, Männer, Frauen, auch Kinder. Es war ein verdammt harter Beruf!» Oft interessierten sich die Grenzwächter nicht für das weitere Schicksal der Flüchtlinge und lieferten sie bei der Polizei ab. Einer von ihnen schreibt: «Es gab schon auch Grenzwächter, die die Vorschriften in diesen Sachen nicht genau befolgten, aber die sind weggesiebt worden; solche Leute konnten wir nicht brauchen.» Natürlich gab es auch eine schweizerische Widerstandsbewegung, die sich auch als Fluchthelfer betätigte. Sie nannte sich «Aktion nationaler Widerstand», die treibende Kraft dieser Gruppe war Ernst von Schenck. Leider sind die Aktivitäten dieser Gruppe im Gebiet Riehen/Bettingen wenig bekannt.

An einigen Beispielen von Riehen und Bettingen lässt sich zeigen, dass die Bevölkerung mit der Rückweisung von Flüchtlingen durch das Grenzwachtkorps nicht einverstanden war und für die Flüchtlinge Partei ergriff. Die Grenzwächter sahen sich in einer

doppelt schwierigen Situation, indem sie den unmenschlichen Anweisungen ihrer Vorgesetzten folgen mussten, gleichzeitig aber auch bemerkten, dass sie manchen Landsleuten nicht mehr trauen konnten, weil diese sich als Nazi-Freunde betätigten. Diese Klagen finden wir in zahlreichen Berichten.

Neben den Denunzianten, den Fluchthelfern und den <Pflichterfüllern> gab es auch Bürger, die Flüchtlinge der Polizei meldeten, weil es so vorgeschrieben war. Eine Frau sagt: «Ich hätte nie geglaubt, damals, dass die Schweizer Behörden so handeln und Menschen bewusst in den Tod schicken könnten; man hatte ein so grosses Vertrauen in den Bundesrat.»

Die Chronisten der verschiedenen Grenzwachtposten pflegten die Aktivitäten an den Grenzstellen zu verharmlosen. Gerade die Ausnahmen von dieser Praxis beweisen, dass die Angaben im allgemeinen das wirkliche Ausmass des Flüchtlingselends an der Riehener und Bettinger Grenze verschweigen und die gnadenlose Rückweisungspraxis verschleiern. Das vorliegende Buch zeichnet sich dadurch aus, dass die dort niedergelegten Berichte von Zeitzeugen nicht eine Schwarz-Weiss-Schilderung darstellen. Man atmet direkt auf, wenn es in einem Bericht einer Schweizer Familie heisst: «So haben wir sicher zwanzig Leute, vielleicht auch mehr, hinübergelotst.»

Lässt man dieses Buch in seinem wissenschaftlich historischen Teil und mit den auf Tonband aufgenommenen Interviews auf sich wirken, so erhält man einen Querschnitt durch menschliches Verhalten am Beispiel von Bürgern und Bürgerinnen aus einem relativ eng umrissenen Grenzgebiet. Die Ausgangslage ist klar: Ein unmenschliches Verhalten des Bundesrates, der Versuch des Basler Regierungsrates Brechbühl, die eidgenössischen Massnahmen zu mildern, und Menschen der verschiedensten Gesinnungen und charakterlichen Eigenschaften. Ohne Zweifel gab es Menschen, deren Hilfsbereitschaft vorbildlich war, deren Menschlichkeit uns auch heute noch beispielhaft ist. Dass es freilich auch andere gab, die unmenschliche Befehle ausführten, Menschen, die nicht nachdachten, Menschen, die gefühllos funktionierten, ist eine Mahnung dieses Buches. Es geht nicht darum, sich nachträglich zu entschuldigen, dass man von den Verbrechen der Nazis nichts gewusst habe. Das Buch hat nicht nur die Aufgabe, Geschichte in

einem begrenzten Raum darzustellen, sondern für die Zukunft die Sensibilität der Bürgerinnen und Bürger zu schärfen. Es ruft dazu auf, nein zu sagen, wenn es darum geht, Verbrechen zu tolerieren, selbst wenn sie staatlich verordnet sind. Wir können Schuld nicht auslöschen, wohl aber können wir für unser eigenes Leben Lehren aus diesem Geschehen ziehen, denn wir wissen ja nicht, ob nicht jeder von uns einmal in eine ähnliche Situation kommen kann. Gerade an diesem Buch zeigt sich einmal mehr, dass der Terminus «Vergangenheitsbewältigung» völlig unzureichend ist. Wir können allein bei der Lektüre dieses Buches einen Lernprozess erfahren, der uns vor zukünftigem Unrecht bewahrt und uns ein wenig zu der uns aufgegebenen Menschlichkeit führt. Dass diese leider in jenen dunklen Jahren, wovon das Buch berichtet, allzu oft fehlte, sollte für uns der Anlass sein, unsere eigene Haltung neu zu überprüfen, und uns dazu bringen, Vorurteile gegen andere Menschen in uns selbst zu bekämpfen.

Das wichtige Buch von Lukrezia Seiler und Jean-Claude Wacker geht uns direkt an, weil es durch die Untaten in der Vergangenheit geradezu aufruft, die, die anders sind als wir, in ihrem Anderssein zu akzeptieren und nicht noch einmal in Kategorien zu denken wie jene, die von «wesensfremden Elementen» sprachen. Wir zeigen nicht schulmeisterlich mit dem Finger auf andere, sondern möchten, dass dieses Buch dazu beiträgt, das Anderssein zu respektieren. Damit leisten wir nicht nur ihnen einen Dienst, sondern wir kommen ein wenig dem Ziele näher, das der, der einst den Menschen geschaffen hat, von jedem von uns fordert.

Riehen, Oktober 1996

Professor Dr. Ernst Ludwig Ehrlich

1933-1938: Die ersten Flüchtlinge kommen

Auf der Flucht vor den Nationalsozialisten

Kaum waren die Nationalsozialisten an der Macht, begann der Ausbau der Diktatur, die Entrechtung, Unterdrückung und Verfolgung Andersdenkender. Schon am 1. Februar 1933 schaltete Hitler mit Unterstützung des greisen Reichspräsidenten von Hindenburg den Reichstag aus und beschränkte die Presse- und Meinungsfreiheit. Göring wies die Polizeibehörden an, «dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten» und «wenn nötig, rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch zu machen».

Die erste Phase des Ausbaus der Diktatur gipfelte in den Ereignissen um den Brand des Reichstagsgebäudes in der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933. Aufgrund der «Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat» vom 28. Februar 1933, auch als Reichstagsbrandverordnung bezeichnet, wurden die wesentlichsten Grundrechte ausser Kraft gesetzt. Die Verhaftungswelle traf zunächst kommunistische Funktionäre und bekannte Mitglieder der intellektuellen und literarischen Linken. Mitte März waren allein in Preussen 10 000 Menschen inhaftiert; doch der Kreis wurde bald ausgedehnt. Die Folge dieses offiziellen Terrors war eine Massenflucht der politischen Opposition (siehe den Bericht von Heiri Strub). Viele von ihnen waren schon wegen ihrer jüdischen Herkunft gefährdet, den Ausschlag für ihre Emigration gab jedoch zunächst die aktive politische Gegnerschaft zum Nationalsozialismus. Wie begründet ihre Flucht war, zeigte sich schon in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft. 500 bis 600 politische Gegner wurden in dieser kurzen Zeit ermordet, Tausende auf grausamste Art und Weise gefoltert.

Die jüdische Emigration war viel grösser als die politische und erfolgte über die ganze Zeitdauer von 1933 bis gegen Ende des Krieges. Sie schwankte beträchtlich, je nach Art und Weise der Verfolgungsmassnahmen des Regimes, die in fünf Phasen zusammengefasst werden können.

Die erste Phase dauerte von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 bis zum Sommer des gleichen Jahres. Sie war durch den Terror der SA gekennzeichnet, der die Juden nicht verschonte. Der Terror wandte sich zuerst gegen die jüdische Intelligenz. Bücherverbrennung, Schreib- und Lehrverbote für jüdische Wissenschaftler sowie erste antijüdische Gesetzgebungsmassnahmen gegen Beamte, Universitätsangehörige, Rechtsanwälte und Richter führten schon bald zu einem Exodus bedeutender Wissenschaftler. In diese Phase fiel auch der Boykott der jüdischen Geschäfte vom 1. April 1933, der im Ausland einiges Aufsehen erregte. [1] Dieser Boykott war alles andere als harmlos oder nur eine wirtschaftliche Schädigung der jüdischen Gewerbetreibenden. Schon zu diesem Zeitpunkt gab es Überfälle auf Synagogen und Misshandlungen jüdischer Bürger, und bereits Anfang 1933 waren Juden als Folge von Gewaltmassnahmen umgekommen, wobei sich rassistische und politische Motive miteinander verbanden. Diese Ereignisse veranlassten denn auch viele deutsche Juden zur Flucht aus ihrem Heimatland.

Die zweite Phase erstreckte sich vom Sommer 1933 bis zum Frühjahr 1935. Der offene Terror wurde durch eine «schleichende Verfolgung» ersetzt, die auf grössere gewaltsame Aktionen gegen die Juden verzichtete. Hintergrund dieser zeitweiligen Beruhigung waren einerseits die Erholung der Wirtschaft sowie die negativen Auswirkungen, die die Boykotte vom 1. April 1933 im Ausland gezeitigt hatten. Andererseits lag der nationalsozialistischen Führung offenbar viel daran, das Ausland zu beruhigen. Die trügerische Hoffnung, Juden könnten in Deutschland doch unter einigermassen normalen Umständen weiterleben, führte auch dazu, dass viele bereits geflüchtete Juden wieder in ihre Heimat zurückkehrten in der Meinung, dass das Schlimmste wohl vorüber sei.

Die Illusionen der jüdischen Rückkehrer verflogen schnell, umso mehr, als die dritte Phase der Verfolgungen, die vom Frühjahr bis zum September 1935 dauerte, erneut mit einem Strassenterror begann, der im Juli 1935 in blutigen Krawallen in Berlin gipfelte und mit der Verkündung der «Nürnberger Rassengesetze» vom 15. September 1935 endete, welche aus den deutschen Juden Staatsbürger zweiter Klasse machten und die rassistische

Unterscheidung gesetzlich verankerte. Schon zuvor forderte die nationalsozialistische Regierung für Beamte den «Ariernachweis». Mit der Zeit wurde er auf andere Berufe ausgedehnt wie Notare, Rechtsanwälte, Ärzte, Hebammen, Apotheker etc. Die Juden in Deutschland sollten vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden. Ab 1936 wurden jüdische Kinder von deutschen Schulen verwiesen. Zu diesen Gesetzen kamen gezielte Verleumdungs- und Diskriminierungskampagnen der Partei in Versammlungen, Schulen, Zeitungen und im Rundfunk. Das antisemitische Hetzblatt «Der Stürmer» war unablässig und mit den widerwärtigsten Methoden darum bemüht, die Juden als Verkörperung des Bösen und als Todfeind der «arischen Rasse» hinzustellen.

Mit der vierten Phase (bis Herbst 1937) kehrte die nationalsozialistische Regierung wieder zur «schleichenden Verfolgung» zurück. Zu den wirtschaftlichen Erwägungen kam erneut die Rücksicht auf das Ansehen des Reiches im Ausland, denn 1936 wurden in Berlin die Olympischen Sommerspiele ausgetragen; für die Nationalsozialisten eine gute Gelegenheit, die Errungenschaften des «Neuen Deutschland» propagandistisch darzustellen. Angesichts der Anwesenheit der vielen ausländischen Journalisten wurde die SS angehalten, sich gegenüber Juden und Ausländern für die Dauer der Olympischen Spiele zurückzuhalten. Viele der antisemitischen Schilder wurden vorübergehend entfernt.

Mit der fünften Phase, die eigentlich bis zur Niederlage des nationalsozialistischen Terrorregimes dauerte, begann sich die Lage der Juden in Deutschland und später auch in Österreich dramatisch zu verschlechtern. Die nationalsozialistische Führung begann damit, die Juden konsequent aus dem Wirtschaftsleben zu «entfernen». Diese «Arisierung» der deutschen Wirtschaft steht in einem direkten Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen des Dritten Reiches, denn je näher die Möglichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung rückte, desto dringlicher erschien es den Nationalsozialisten, die Juden aus den ihnen noch verbliebenen Stellungen in der Wirtschaft zu verdrängen. Ab Herbst 1937 setzte deshalb eine Flut von gewalttätigen Repressalien gegen jüdische Unternehmer ein, um die Arisierung grösserer Unternehmen schneller vorantreiben zu können. Angesichts dieser Unterdrückung wuchs die jüdische Emigration bis zum November 1938 schnell an.

Die ersten Abwehrmassnahmen der Schweiz

In den ersten Wochen nach der Machtübernahme durch Hitler und seine Partei kamen nur wenige Flüchtlinge in die Schweiz. In den Monaten März und April 1933 hingegen stellten die Behörden in Basel einen grossen Zustrom jüdischer Flüchtlinge fest. Bis Ende April wurden 6159 eingereiste Juden registriert. Die meisten von ihnen kamen in den ersten Apriltagen – eine direkte Reaktion auf den Boykott der jüdischen Geschäfte in Deutschland. Annähernd neunzig Prozent kehrten allerdings nach einem kurzen Aufenthalt wieder nach Deutschland zurück. Der Restlichen scheinen sich vor allem in Frankreich niedergelassen zu haben oder reisten in ein anderes Exilland weiter. Schon nach wenigen Wochen normalisierte sich der Grenzverkehr.

Die schweizerischen Behörden reagierten sehr schnell. Bereits am 31. März 1933, also noch vor dem Beginn der eigentlichen Boykotte, wies das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) die Kantone an, bei der Zuwanderung von «Israeliten» grösste Zurückhaltung zu üben. Die Schweiz könne nur ein Transitland sein. Zwar wurde den Juden aus humanitären Gründen ein vorübergehender Aufenthalt zugestanden, gleichzeitig betonte man jedoch, dass sich die Schweiz wegen der Überfremdung [2] «vor allem gegen eine Festsetzung wesensfremder Elemente mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wehre». [3]

Da die Schweiz für viele als das klassische Asylland galt, in dem Flüchtlinge auf Schutz und Humanität hoffen durften, war sie 1933 für viele der Tausenden von Menschen ein erstes Fluchtziel. Sie sollten bitter enttäuscht werden. Die erwähnten ersten Weisungen des EJPD, die sich schliesslich in einem Bundesratsbeschluss vom 7. April 1933 niederschlugen, zeigten eine von Furcht vor Überfremdung und Überlastung des Arbeitsmarktes diktierte Abwehrhaltung. Zusammen mit einem latenten Antisemitismus, der vor allem bei den Behörden immer wieder sichtbar wurde, bestimmten sie bis weit in den Krieg hinein die geltenden Richtlinien der Flüchtlingspolitik. Darüber hinaus schuf man schon im Jahre 1933 eine Unterscheidung, die in späteren Jahren für die Aufnahmepolitik gegenüber den jüdischen Flüchtlingen bestimmend sein sollte. So schrieb Heinrich Rothmund, der Chef der

Polizeiabteilung und Hauptverantwortliche für die Flüchtlingspolitik, in einem Memorandum vom 4. April 1933 in völliger Verkennung der tatsächlichen Lage:

«Wer ist politischer Flüchtling? Der Jude, der infolge der Boykottmassnahmen geflüchtet ist? Nein, wenigstens heute noch nicht; die Massnahmen, die gegen die Juden ergriffen worden sind, liegen auf wirtschaftlichem Gebiet.» [4]

Die Drohungen, die Boykottmassnahmen, die vielen Gewalttätigkeiten und später auch die Pogrome, unter denen die Juden zu leiden hatten und die den schweizerischen Behörden durchaus bekannt waren, genügten nicht, sie als politische Flüchtlinge anzuerkennen und ihnen damit Asyl zu gewähren. Diese für die Juden so folgenschweren Sätze prägten auch in den folgenden Jahren die schweizerische Asylpraxis: Wer die Grenze illegal passiert hatte und sich nicht überzeugend als politischer Flüchtling ausweisen konnte, wurde vom Grenzposten meistens unbarmherzig zurückgeschickt. Eine Änderung zeichnete sich erst 1944 ab.

Den schweizerischen Behörden ging es angesichts der zu erwartenden grossen Flüchtlingswelle vor allem darum, die Flüchtlinge abzuwehren, respektive weiterzuleiten. Sie sollten mit strengen gesetzlichen Regelungen zur Wiederausreise bewogen, wenn nötig gar gezwungen werden. Solange sie noch relativ ungehindert weiterwandern konnten, was der überwiegende Teil auch tat, stellten die Flüchtlinge für die schweizerischen Behörden kein allzu grosses Problem dar. Dennoch war die eidgenössische Fremdenpolizei ständig daran interessiert, den Flüchtlingen den Aufenthalt in der Schweiz so unangenehm wie möglich zu gestalten und sie mit behördlichen Auflagen zu schikanieren. Dazu gehörten von Anfang an ein grundsätzliches Arbeitsverbot und ein striktes Verbot jeder politischen Aktivität.

Die Weisungen der Basler Behörden waren in dieser Phase mit denen der eidgenössischen Behörden konform. Zwar beklagte die Regierung den fremdenpolizeilichen Kompetenzverlust der Kantone an den Bund, war jedoch nicht willens, eine von Bern abweichende Haltung einzunehmen. Schon bald wurde deshalb die Israelitische Flüchtlingshilfe an der Kornhausgasse 8 in Basel zu einer der wichtigsten Adressen für die Hilfesuchenden – und sollte es auch in Zukunft bleiben.

Im Frühjahr 1935 kam es im Polizeidepartement zu einem Führungswechsel: Auf den Liberalen Carl Ludwig folgte der Sozialdemokrat Fritz Brechbühl (1897–1963). Er war sieben Jahre alt, als seine Eltern Basel verlassen mussten. Der Vater war als Gewerkschafter von seinem Arbeitgeber ausgesperrt worden und musste sich woanders Arbeit suchen. Die Mutter starb früh und der junge Fritz kam als Verdingbub zu einem Bauern nach Schüpfen im Kanton Bern. Diese Jahre der Emigration haben ihn denn auch geprägt. Die Grossmutter holte ihn dann nach Hölstein, wo er eine Uhrmacherlehre begann. Schon bald spielte der junge Uhrenfabrikarbeiter in der Gewerkschaft und in der Sozialdemokratischen Partei eine wichtige Rolle und war von den harten sozialen und politischen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Gewerkschaften betroffen. 1921 wurde er Gewerkschaftssekretär des VPOD. Mit 26 Jahren wurde er für die Sozialdemokraten in den Grossen Rat gewählt und bekleidete weitere politische Ämter, bis er 1935 zum Regierungsrat gewählt wurde. [5] Mit ihm begann sich auch die Politik gegenüber den Flüchtlingen zu ändern, nicht radikal, aber doch human spürbar. Ihm war es ein besonderes Anliegen, dass die Polizei wieder stärker in den Dienst der gesamten Bevölkerung gestellt wurde.

Brechbühls Politik war während der Zeit des Nationalsozialismus nicht ohne Widersprüche, doch gegenüber der radikalen Politik aus Bern steht sein Name für eine vergleichsweise liberale Flüchtlingspolitik. Versuchte die alte Administration die Illegalität durch eine stärkere Kontrolltätigkeit zu bekämpfen, so suchte die neue Verwaltung eine Zusammenarbeit mit den lokalen Flüchtlingsorganisationen, ein Umstand, der in späteren Jahren vielen Flüchtlingen das Leben retten sollte.

Jean-Claude Wacker



Bild 1 Verstärkte Grenzüberwachung ab 1933. Die Riehener Grenzwächter Walter Schäfer (links) und Alfred Schmocker auf Patrouille, Titelbild der «Schweizer Illustrierten Zeitung» vom 1. November 1933.

Schatten des Dritten Reiches auch über Riehen

Für die beiden Grenzdörfer Riehen und Bettingen in ihrer exponierten Lage jenseits des Rheins bedeutete die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten den Beginn einer unsicheren, oft gefahrvollen Zeit. Die Bevölkerung, die bis anhin durch nachbarliche, oft auch verwandtschaftliche Beziehungen mit den umliegenden badischen Gemeinden verbunden war, wurde schon bald mit den neuen Verhältnissen in Deutschland konfrontiert. Kurz nach dem 30. Januar 1933 tauchten an Velos und Autos deutscher Grenzgänger Hakenkreuzwimpel auf, und am 14. März 1933 wurde auf dem Bahnhof Riehen, einer Station der badischen Wiesentalbahn, neben der deutschen Nationalflagge erstmals die Hakenkreuzfahne gehisst. Werner Hungerbühler, der damalige Redaktor der Arbeiter-Zeitung, riss die Fahne zwar anderntags herunter, doch sie wurde erneut aufgezo- gen. [6]

Auch an den Grenzübergängen wurde die Stimmung gereizter. Grenzwächter berichten, dass bereits 1933 SA-Leute versuchten, über Schweizer Gebiet von Lörrach nach Grenzach zu gelangen, was ihnen verwehrt wurde. Es kam zu Wortwechseln, ja selbst zu Schlägereien. [7] Erhöhte Wachsamkeit war nötig, oder, wie es die «Schweizer Illustrierte Zeitung» im November 1933 zu einer Fotografie von zwei Riehener Grenzwächtern im pathetischen Stil der Zeit schrieb: «Rotweisse Grenzpfähle umgürten das Hoheitsgebiet der Eidgenossenschaft. Sie trennen als äusseres Merkmal Hüben und Drüben ...» [8]

Viele Riehener und Bettinger zogen es vor, in diesen Jahren nicht mehr nach Deutschland zu gehen und das vorher so beliebte Ausflugsgebiet des Schwarzwaldes zu meiden. Das «Heil-Hitler-Zeug» ging ihnen auf die Nerven, wie eine Zeitzeugin es ausdrückt. [9] Andere wurden sogar bedroht und auf «Schwarze Listen» gesetzt, wenn sie zu ihrer demokratischen Überzeugung standen. [10]

Andererseits gab es auch in Riehen mehr oder weniger aktive Mitläufer der Nazis, die die neuen Verhältnisse im Nachbarland begrüßten. Aus diesen Gegensätzen entwickelte sich ein zum Teil heftiger Deutschenhass, den auch seit langem hier niedergelassene Deutsche und deren Kinder zu spüren bekamen, und der auch nach dem Krieg noch viele Jahre lang andauerte.

Die Riehener und Bettinger Bevölkerung wurde in jenen Jahren noch selten mit Flüchtlingen konfrontiert, die sich aus Hitler-Deutschland zu retten suchten, und die Chroniken der verschiedenen Grenzwachtposten erwähnen die Flüchtlinge mit einer Ausnahme überhaupt nicht; nur in der Chronik des Postens Inzlingerstrasse findet sich der Vermerk:

«Kurze Zeit, nachdem sich Hitler in Deutschland der Staatsleitung bemächtigt hatte, setzten dort die Judenverfolgungen ein, was uns zahlreiche Flüchtlinge über die Grenze brachte, auch Riehen bekam einen Teil davon.» [11]

Dass aber politische Kreise in dieser Zeit auch in Riehen bereits intensiv in der Fluchthilfe engagiert waren, zeigt der Bericht des Zeitzeugen Heiri Strub.



Bild 2 Auf dem Bahnhof Riehen, einer Station der badischen Wiesentalbahn, wurde die Hakenkreuzfahne trotz heftiger Proteste mehrmals gehisst. Aufnahme um 1934.

Geheimadresse Paradiesstrasse

Heiri Strub

Geboren 1916 in Riehen

Maler, Grafiker, Illustrator

Mitbegründer der Partei der Arbeit, Basel

Gespräch vom 30. November 1995, Tonband

Mein Elternhaus an der Paradiesstrasse 30 ist bei verschiedenen Emigranten fast legendär. Mein Vater Walter Strub – er war Gewerbeinspektor, Mitbegründer der Basler Kommunistischen Partei, Grossrat und Mitglied des Weiteren Gemeinderates Riehen – machte in den zwanziger und dreissiger Jahren politische Kulturarbeit im kommunistischen Sinne und pflegte intensive Kontakte zu Verleger- und Intellektuellenkreisen in Deutschland. In der Gesellschaft «Das neue Russland» veranstaltete er Vorträge mit bekannten Architekten, Autoren und andern, Russland nahestehenden Persönlichkeiten. Er hatte Verbindung zu den Berliner Verlegern Willi Münzenberg und Wieland Herzfelde, besorgte Bücher bekannter kommunistischer Autoren aus ihren Verlagen und kümmerte sich hier um den Buchvertrieb. Viele dieser Leute verkehrten und wohnten in unserem Haus.

Nach Hitlers Machtergreifung im Januar 1933 wurde diese Verbindung dann benützt, und unser Haus diente als Anlaufstelle für Flüchtlinge und Emigranten. So rief zum Beispiel im Frühsommer 1933 Babette Gross, die Frau und Mitarbeiterin des Verlegers Willi Münzenberg, meinen Vater aus Lörrach an und bat ihn, hinüberzukommen. Meinem Vater war sofort klar, dass sie auf der Flucht war, und er traf sie am Abend in einem Café in Lörrach. Dann führte er sie, mit seinem Pass im Sack, am Arm über die Grenze, auf dem Weg der Bahnlinie entlang. Meine Mutter war gross, eine stattliche Frau, und Babette Gross hatte eine ähnliche Figur, und so schmuggelte er sie als seine «Gattin» im Dunkeln an den Zöllnern vorbei. Das ging damals also noch relativ schmerzlos.